

P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft
der Stadt Georgsmarienhütte vom 05.02.2013
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Osnabrück, Raum-Nr. 173,

Anwesend:

Vorsitzender

Selige, Dieter

Mitglieder

Dälken, Martin

Daudt, Georg

Grottendieck, Jürgen

Hebbelmann, Udo

Jantos, Annette

Lücke, Dagmar

Pesch, Karl-Heinz

Schmechel, Peter

Schoppmeyer, Thorsten

Springmeier, Wolfgang

Für Gröne, Christoph

Verwaltung

Baller, Jutta

Pohlmann, Ansgar Bürgermeister

Stiegemeyer, Wolfgang

Wolf, Andreas allg. Vertreter des Bürgermeisters

Zumbrock, Peter

Protokollführer/in

Arensmann, Sabrina

Fehlende Mitglieder

Gröne, Christoph

Zuhörer

Beermann, Volker

Marx, Herbert

Teilnehmer „Schülerpraktikum in der Politik“

Presse

Elbers, Wolfgang

Beginn: 18:15 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

T a g e s o r d n u n g

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. 5/2012 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 18.12.2012
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Beamtenversorgung
4.	Bericht über die finanzielle Lage der Stadt
5.	Bericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Georgsmarienhütte über die Prüfung der Jahresrechnung 2010 Vorlage: BV/016/2013
6.	Stellenplan für das Jahr 2013 Vorlage: BV/027/2013
7.	Steuerung der Haushaltsabwicklung 2013 - Festlegung der Prioritäten für in 2013 geplante Maßnahmen Vorlage: BV/017/2013
8.	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2013 Vorlage: BV/018/2013
9.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen, Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen 2012 Vorlage: MV/006/2013
10.	Bericht über erlassene und niedergeschlagene Forderungen der Stadt Georgsmarienhütte ab einem Wert von 5.000,00 € im Jahr 2012 Vorlage: MV/007/2013
11.	Statistische Zahlen aus dem Sachgebiet Vollstreckung in der Stadtkasse Georgsmarienhütte für das Jahr 2012 Vorlage: MV/008/2013
12.	Beantwortung von Anfragen
13.	Anfragen

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Selige eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft und begrüßt die Anwesenden. Er heißt die Teilnehmer des Schülerpraktikums in der Politik willkommen und wünscht ihnen interessante Einblicke in die Arbeit des Ausschusses. Anschließend stellt er die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einschließlich Nachtragstagesordnung einstimmig festgestellt.

2. Genehmigung des Protokolls Nr. 5/2012 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 18.12.2012

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. 05/2012 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 18.12.2012 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Beamtenversorgung

Herr Bürgermeister Pohlmann informiert den Ausschuss darüber, dass zu diesem Thema Kontakt mit der niedersächsischen Versorgungskasse aufgenommen worden ist. Voraussichtlich in der nächsten oder übernächsten Sitzung wird ein Mitarbeiter der Versorgungskasse zum System der Beamtenversorgung vortragen, so dass bei dieser Gelegenheit die verschiedentlich aufgeworfenen Fragen zur Höhe oder zur Liquidität von Pensionsrückstellungen diskutiert werden können.

4. Bericht über die finanzielle Lage der Stadt

Frau Baller stellt zunächst fest, dass zum laufenden Jahr 2013 nach Ablauf eines Monats noch keine umfangreichen Aussagen getroffen werden können. Gleichwohl informiert sie über den aktuellen Liquiditätsstand, der bei rd. 7,7 Mio. EUR liegt. Davon sind 7 Mio. EUR, verteilt auf 5 und 2 Mio EUR momentan angelegt. Zum Steuertermin 15.02.2013 sei wieder ein Anstieg der Liquidität zu erwarten.

Zum Haushaltsjahr 2012 kann zum aktuellen Zeitpunkt für den Ergebnishaushalt noch kein belastbares Ergebnis vorgelegt werden, da im Februar und März noch zahlreiche Buchungen vorgenommen werden müssen. Im Rahmen des Berichtswesens zum 30.09.12 war ein Überschuss von rd. 1,1 Mio EUR prognostiziert worden. Diese Prognose kann im Moment bestätigt werden; gegebenenfalls ist sogar ein höherer Überschuss möglich.

Die Investitionen blieben im Haushaltsjahr 2012 sowohl in Einzahlung als auch Auszahlung hinter den Planungen zurück. Die geringeren Einzahlungen sind dabei überwiegend auf die verzögerte Abrechnung von Straßenausbaubeiträgen sowie auf die nicht zahlungswirksam

gewordenen Zuwendungen aus dem Bereich Hochwasserschutz zurückzuführen. Die geplanten Auszahlungen sind im Jahr 2012 bei weitem nicht kassenwirksam geworden. Dadurch kommt es zu einer umfangreichen Bildung von Haushaltsresten für Investitionen, die den Finanzhaushalt 2013 belasten werden. Eine Auflistung über die gebildeten Haushaltsreste wird dem Protokoll beigelegt (Anlage 1).

Ratsherr Springmeier erkundigt sich, wann mit der Abrechnung und der daraus folgenden Einzahlung durch Straßenausbaubeiträge gerechnet werden kann. Frau Baller verweist zur Beantwortung der Frage auf den Fachbereich IV. Herr Pohlmann erläutert, dass durch die zwischenzeitliche personelle Verstärkung für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahmen Rückstände abgebaut werden konnten. Gleichwohl werde er zum nächsten Ausschuss für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 04.03.2013 eine Auflistung über die fehlenden Abrechnungen vorlegen.

5. Bericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Georgsmarienhütte über die Prüfung der Jahresrechnung 2010 Vorlage: BV/016/2013

Herr Zumbrock und Herr Stiegemeyer tragen anhand einer Präsentation den Prüfungsauftrag, -umfang und die Prüfungsergebnisse vor. Die Präsentation wird dem Protokoll beigelegt (Anlage 2). Zur Empfehlung des RPA ein Vertragsmanagement bei der Stadt aufzubauen, fragt Ratsherr Hebbelmann, ob es dafür eine rechtliche Verpflichtung gebe. Herr Stiegemeyer verneint eine konkrete rechtliche Verpflichtung, bleibt aber bei seiner Empfehlung, da nur durch ein Vertragsmanagement ein vollständiger Überblick z. B. über eventuelle Haftungsrisiken oder andere bilanzierungspflichtige Sachverhalte gewonnen werden könne. Die im Nachhinein bekannt gewordenen Treuhandverfahren mit der NLG, die bisher noch nicht bilanziert sind, wären bei einem bestehenden Vertragsmanagement während der Erstellung der Eröffnungsbilanz nicht übersehen worden.

Ratsfrau Jantos erkundigt sich, ob das städtische RPA auch die Vertragsabwicklung bei der NLG prüfen könne. Herr Stiegemeyer ist zu einer Prüfung der Verträge und der Vertragsabwicklung zwischen NLG und Stadt bei einem entsprechenden Auftrag des VA oder Rat selbstverständlich bereit. Herr Pohlmann erläutert, dass zu den fehlenden Verfahren ausführliche Unterlagen bei der NLG angefordert worden sind. Fachbereich IV wird sich bemühen, die Informationen zum nächsten Verwaltungsausschuss am 13.02.2013 aufzubereiten. Herr Stiegemeyer erläutert in diesem Zusammenhang die geplante Vorgehensweise, die fehlenden Bilanzpositionen im Rahmen des Jahresabschlusses 2012 aufzunehmen. Er nimmt Bezug auf § 61 GemHKVO, der ausdrücklich zulässt, bis zum vierten der Eröffnungsbilanz folgenden Jahresabschluss, Positionen, die in der ersten Eröffnungsbilanz versehentlich nicht oder mit einem unzutreffenden Wert angesetzt worden sind, nachträglich aufzunehmen bzw. zu korrigieren. Die Eröffnungsbilanz gilt in diesen Fällen als geändert. Die zwischenzeitlichen Jahresabschlüsse werden in diesen Fällen nicht korrigiert. Diese gesetzliche Regelung macht deutlich, dass der Gesetzgeber damit rechnet, dass bei einem so umfassenden Werk wie der Eröffnungsbilanz Fehler passieren können. Ratsherr Hebbelmann fragt, ob das Delta, welches noch aufzunehmen ist, bekannt sei. Dies wird verneint; eventuell liegen die Zahlen bis zum Verwaltungsausschuss in der nächsten Woche vor.

Herr Selige macht darauf aufmerksam, dass seiner Meinung nach der Text der Beschlussvorlage für die Entlastung des Bürgermeisters anzupassen sei, indem Herr Bürgermeister Heinz Lunte namentlich genannt wird. Er macht auf den Kommentar von Blum, Häusler; Meyer zum Nds. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) aufmerksam, in dem erläutert ist, dass es sich bei der Beschlussfassung zur Entlastung des Bürgermeisters

um eine Entlastung der Person und nicht des Amtes handelt. Der Vorschlag wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Als Berichterstatter in der Ratssitzung wird Ratsmitglied Dälken benannt.

Anschließend lässt der Ausschussvorsitzende Herr Selige über die Beschlussvorschläge zum Jahresabschluss 2010 abstimmen.

Folgender Beschluss wird bei einer Enthaltung einstimmig gefasst:

- A. Der Jahresabschluss 2010 wird in der vorliegenden Form beschlossen.

Folgende Beschlüsse werden einstimmig gefasst:

- B. Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses 2010 in Höhe von 1.502.567,98 € wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses 2010 in Höhe von 880.018,38 € wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.
- C. Dem Bürgermeister Herrn Heinz Lunte wird Entlastung erteilt.

6. Stellenplan für das Jahr 2013
Vorlage: BV/027/2013

Herr Bürgermeister Pohlmann weist einführend zu diesem TOP darauf hin, dass im zu beschließenden Stellenplan die potentiellen Veränderungen aus der umfassenden Stellenbewertung des letzten Jahres noch nicht enthalten seien. Die neuen Bewertungen liegen voraussichtlich erst Ende Februar 2013 vor und werden erst nach Prüfung - unter anderem im Hinblick auf einen fachbereichsübergreifenden Quervergleich - festgestellt. Es sei beabsichtigt, im laufenden Jahr über einen Nachtragshaushalt die Neubewertungen einzuarbeiten und zu beschließen.

Im Folgenden nimmt er Bezug auf die Beschlussvorlage zur letzten nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses am 18.12.2012, die ausführlich auf die einzelnen neu einzurichtenden Stellen eingeht. Die durch die Einstellung eines Juristen ungefähr zu erwartenden Personalkosten beziffert er mindestens auf rd. 57.000 € jährlich. Die jährlich anfallenden Kosten für rechtliche Beratungen belaufen sich exemplarisch im Jahr 2012 auf einen Betrag in Höhe von ca. 39.500 €. Frau Jantos macht aufgrund der vielseitigen rechtlichen Fragestellungen innerhalb der Stadtverwaltung ihre Zweifel an der Effektivität der Einstellung eines Juristen deutlich. Man wäre trotzdem noch ergänzend auf die externe Beauftragung von Fachanwälten angewiesen. Sie schlägt daher vor, auf eine Einstellung eines weiteren Juristen zu verzichten. Sie halte es aber für sinnvoll, die diversen rechtlichen Fragestellungen aus den einzelnen Fachbereichen vor der Hinzuziehung externer Fachanwälte bei Herrn Wolf zu bündeln, um gegebenenfalls Doppelanfragen zu vermeiden. Diese Meinung wird von der CDU-Fraktion geteilt.

Hinsichtlich der Sachbearbeiterstelle für den Bereich Personalentwicklung schlägt Herr Selige vor, den KW-Vermerk auf 2016 vorzuziehen. Bis auf die neue Stelle für einen Juristen in der Stabstelle Wirtschaftsförderung und Rechtswesen werden die übrigen Vorschläge von ihm positiv zusammengefasst.

Die Beschlussfassung über den Stellenplan wird auf die Sitzung des Verwaltungsausschusses am 13.02.2013 verschoben.

7. Steuerung der Haushaltsabwicklung 2013 - Festlegung der Prioritäten für in 2013 geplante Maßnahmen
Vorlage: BV/017/2013

Herr Selige schlägt vor, diesen TOP gemeinsam mit TOP 8 zu beraten. Diesem Vorschlag wird übereinstimmend zugestimmt.

Frau Baller weist darauf hin, dass die im Ausschuss für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr beschlossenen Änderungen noch nicht in die Zahlen eingearbeitet werden konnten. Die SPD-Fraktion vermutet, dass die Investitionen zu hoch angesetzt worden sind. Sie sollten daher noch einmal einer strengen Prüfung unterzogen werden. Daneben sei fraglich, ob man die Maßnahmen mit der Priorität 3 und 4 im Haushalt stehen lassen solle. Es sei klar, dass man diese Maßnahmen sowohl personell als auch finanziell nicht schaffen könne. Das Haushaltsrecht besage, dass nur die Maßnahmen, die auch kassenwirksam werden, eingeplant werden dürfen. Auch die CDU äußert ihre Zweifel. Für sie haben die Mittel für Bildung und Kinderbetreuung oberste Priorität. Auch müsse eine Neuverschuldung vermieden werden. Aus der Mitte des Ausschusses wird außerdem darauf hingewiesen, dass bei einem Verbleib aller Maßnahmen im Haushalt vermehrt mit der Bildung von Haushaltsresten zum Ende des Jahres 2013 gerechnet werden müsse. Für die Bildung von Haushaltsresten ist eine bereits erfolgte Auftragserteilung nicht erforderlich.

Herr Bürgermeister Pohlmann weist darauf hin, dass es sich bei dem Prioritätensystem um eine neue Herangehensweise an das Thema handle. Er schlägt vor, die Maßnahmen der Priorität 1 noch einmal zu überprüfen. Generell plädiert er für die Vorgabe eines Gesamtrahmens, der als sinnvoll und notwendig angesehenen Maßnahmen. Der Rat solle aber zunächst nur einen Teil der Maßnahmen, z. B. der Priorität 1, freigeben. Mit den Erkenntnissen aus dem Bericht zum 31.05.2013 sowie den Entwicklungen der Steuereinnahmen zum 30.06.2013 solle dann über die Freigabe weiterer Projekte und Maßnahmen entschieden werden. Aus seiner Sicht sei die Arbeit mit der neuen Systematik vor allem im Bereich der Investitionen schon gut gelungen. In einem weiteren Schritt müssten aber auch die laufenden Aufwendungen aus dem Ergebnishaushalt auf den Prüfstand gestellt werden.

Da eine Unklarheit im Ausschuss herrscht, ob und über was abgestimmt werden soll, macht Ratsherr Springmeier den Vorschlag, im Rahmen eines interfraktionellen Gesprächs im Anschluss an die Ausschusssitzung die Probleme grundlegend zu diskutieren, um zu einem möglichst breiten Konsens über den Haushalt zu kommen. Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

Ratsherr Schmechel stellt den Antrag, im Rat eine Resolution für die Einführung einer Vermögenssteuer zu verabschieden. Im Ausschuss herrscht dazu eine geteilte Meinung.

Frau Baller macht auf die Anlage 1 lit. a) zu TOP 7 aufmerksam, die noch zu beratende Maßnahmen enthält. Diese sind daher noch nicht mit einer Priorität versehen. Bürgermeister Pohlmann stellt in diesem Zusammenhang den Sachstand bezüglich des Brandschutzes an der Villa Stahmer dar. Die Kosten für die Brandmeldeanlage, Absicherung des Treppenhauses und die Fluchtwege sind vom beauftragten Ingenieurbüro mit rd. 168.000 € angesetzt worden. Da noch nicht alle Fragen abschließend geklärt werden konnten, beabsichtigt er, zur Verwaltungsausschusssitzung am 13.02.2013 umfassendere Informationen zu geben.

Anschließend zeigt Frau Baller anhand einer Präsentation die Entwicklung der Liquidität unter Berücksichtigung der Umsetzung der verschiedenen Prioritäten.

Im Hinblick auf das interfraktionelle Gespräch werden die TOP 7 und 8 ohne Beschlussfassung an den Verwaltungsausschuss und den Rat gegeben.

8. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2013
Vorlage: BV/018/2013

Die Beratung zu diesem TOP erfolgte zusammen mit TOP 7.

**9. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen,
Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen 2012**
Vorlage: MV/006/2013

Die Informationen aus der Mitteilungsvorlage werden zur Kenntnis genommen.

**10. Bericht über erlassene und niedergeschlagene
Forderungen der Stadt Georgsmarienhütte ab einem
Wert von 5.000,00 € im Jahr 2012**
Vorlage: MV/007/2013

Die Informationen aus der Mitteilungsvorlage werden zur Kenntnis genommen.

**11. Statistische Zahlen aus dem Sachgebiet Vollstreckung
in der Stadtkasse Georgsmarienhütte für das Jahr 2012**
Vorlage: MV/008/2013

Die Informationen aus der Mitteilungsvorlage werden zur Kenntnis genommen.

12. Beantwortung von Anfragen

Zu beantwortende Anfragen liegen nicht vor.

13. Anfragen

Anfragen werden nicht gestellt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Selige
Vorsitz

i. A. Bürgermeister

Arensmann
Protokollführung